

## Schreiben Mielkes an die Leiter der Dienstseinheiten zur Veröffentlichung des KSZE-Dokuments

Die Verhandlungen während der Wiener Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) fanden im Januar 1989 ihren Abschluss. Die DDR verpflichtete sich mit der Unterzeichnung des KSZE-Dokuments auch dazu, den westlichen Forderungen nach einer stärkeren Beachtung der Menschenrechte entgegenzukommen. Der Staatssicherheit bereiteten schon die Veröffentlichung dieses Dokuments im SED-Parteiorgan "Neues Deutschland" und ebenso die gemachten Zugeständnisse erhebliche Kopfschmerzen.

Die SED-Führung hatte noch im Dezember 1988 auf einem Plenum des Zentralkomitees bekräftigt, dass es in der DDR auf gar keinen Fall zu einer Übernahme der Reformpolitik Gorbatschows, von "Perestroika" und "Glasnost", kommen dürfe. Das bestätigte die Stasi-Oberen in ihrem Glauben, dass Widerspruch aus der Gesellschaft repressiv begegnet werden müsse.

Aber die DDR agierte international als Teil des Ostblocks und war wirtschaftlich zunehmend von der Bundesrepublik abhängig. Im Ostblock öffnete sich die Führungsmacht, die Sowjetunion, langsam in Richtung Westen. Gerade in den Wochen zu Beginn des Jahres 1989 waren die Verhandlungen bei der Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in eine entscheidende Phase getreten. In Wien, wo diese Verhandlungen stattfanden, hatte sich die sowjetische Vertretung, ebenso wie die ungarische und die polnische Delegation, darauf verständigt, den westlichen Forderungen nach stärkerer Beachtung der Menschenrechte entgegenzukommen: Gewährung von Informations- und Reisefreiheit und die Zulassung von Bürgerrechtsgruppen. Die DDR-Führung hatte lange versucht, dem entgegenzusteuern, musste schließlich aber einlenken und das Abschlussdokument ebenfalls unterzeichnen.

Auszüge des Abschlussdokuments der Wiener KSZE-Konferenz wurden am 21./22. Januar 1989 im SED-Organ "Neues Deutschland" veröffentlicht. Die Staatssicherheit befürchtete nun, dass das westliche Ausland von der DDR die mit der Unterschrift des KSZE-Dokuments eingegangenen Verpflichtungen einforderte. Weiterhin vermutete die Stasi, dass oppositionelle Kräfte in der DDR dieses Dokument als Ermutigung für ihre Aktivitäten verstehen könnten. Deshalb wies Minister Erich Mielke in dem vorliegenden Schreiben an die Leiter der Dienstseinheiten höchste Wachsamkeit an.

**Signatur:** BStU, MfS, HA IX, Nr. 687, BL 134-136

### Metadaten

Dienstseinheit: Minister für  
Staatssicherheit  
Rechte: BStU

Urheber: MfS  
Datum: 23.1.1989  
Überlieferungsform: Dokument

Schreiben Mielkes an die Leiter der Diensteinheiten zur Veröffentlichung des KSZE-Dokuments

39/89

MINISTERRAT  
DER DEUTSCHEN DEMOKRatischen REPUBLIK  
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT  
Der Minister

Berlin, 23. 1. 1989

BSU  
000134

Vertrauliche Verschlusssache  
VVS-o008  
MfS-Nr. 7/89  
39 .Ausf. Bl. 1 bis 2

Diensteinheiten  
Leiter

Im "Neuen Deutschland" vom 21./22. Januar 1989 erfolgte bekanntlich eine umfassende Veröffentlichung aus dem Abschließenden Dokument des Wiener KSZE-Folgetreffens.

Alle Tageszeitungen der DDR veröffentlichten die Rede des Außenministers der DDR, Oskar Fischer, auf der Abschlußtagung des Wiener Treffens sowie seine nach dem Wiener Treffen auf Befragen von Journalisten abgegebene Erklärung.

Im Zusammenhang mit den Ergebnissen des Wiener Treffens verwies Genosse Fischer auf das in der Schlußakte von Helsinki sowie im Wiener Abschließenden Dokument verankerte Recht eines jeden Staates, seine politische Ordnung frei zu wählen, seine Gesetze, Verordnungen, Politik und Praxis zu bestimmen. Er erklärte, daß die DDR das in Wien Vereinbarte im Rahmen ihrer nationalen Gesetzgebung ausfüllen wird.

Führende politische Kreise der BRD und Westberlins sowie feindliche Stellen und Kräfte sind bereits dazu übergegangen, von der DDR die uneingeschränkte Durchsetzung des Abschließenden Dokumentes zu fordern.

Die Angriffe richteten sich bisher insbesondere gegen

- die in der Verordnung über Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland vom 30. 11. 1988 erfolgten Festlegungen,
- die geltenden Bestimmungen über den Mindestumtausch,
- die Position der DDR gegenüber den sogenannten Helsinki- und Umweltgruppen,
- die Grenzsicherungsanlagen der DDR.

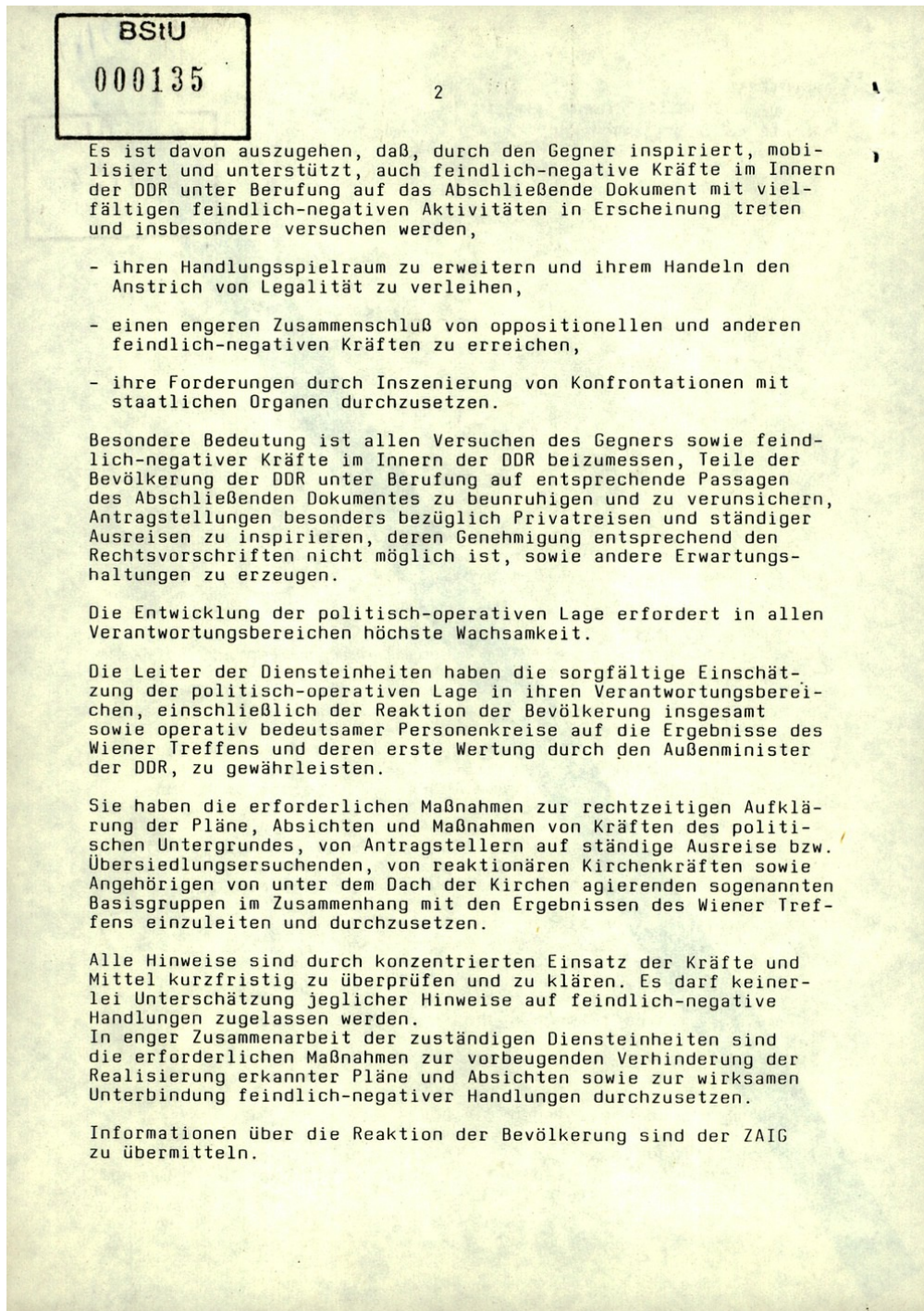
Die vielfältigen Versuche, sich in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen, erfolgen unter ausdrücklicher Berufung auf den Inhalt des Abschließenden Dokumentes.

Signatur: BStU, MfS, HA IX, Nr. 687, Bl 134-136

Blatt 134



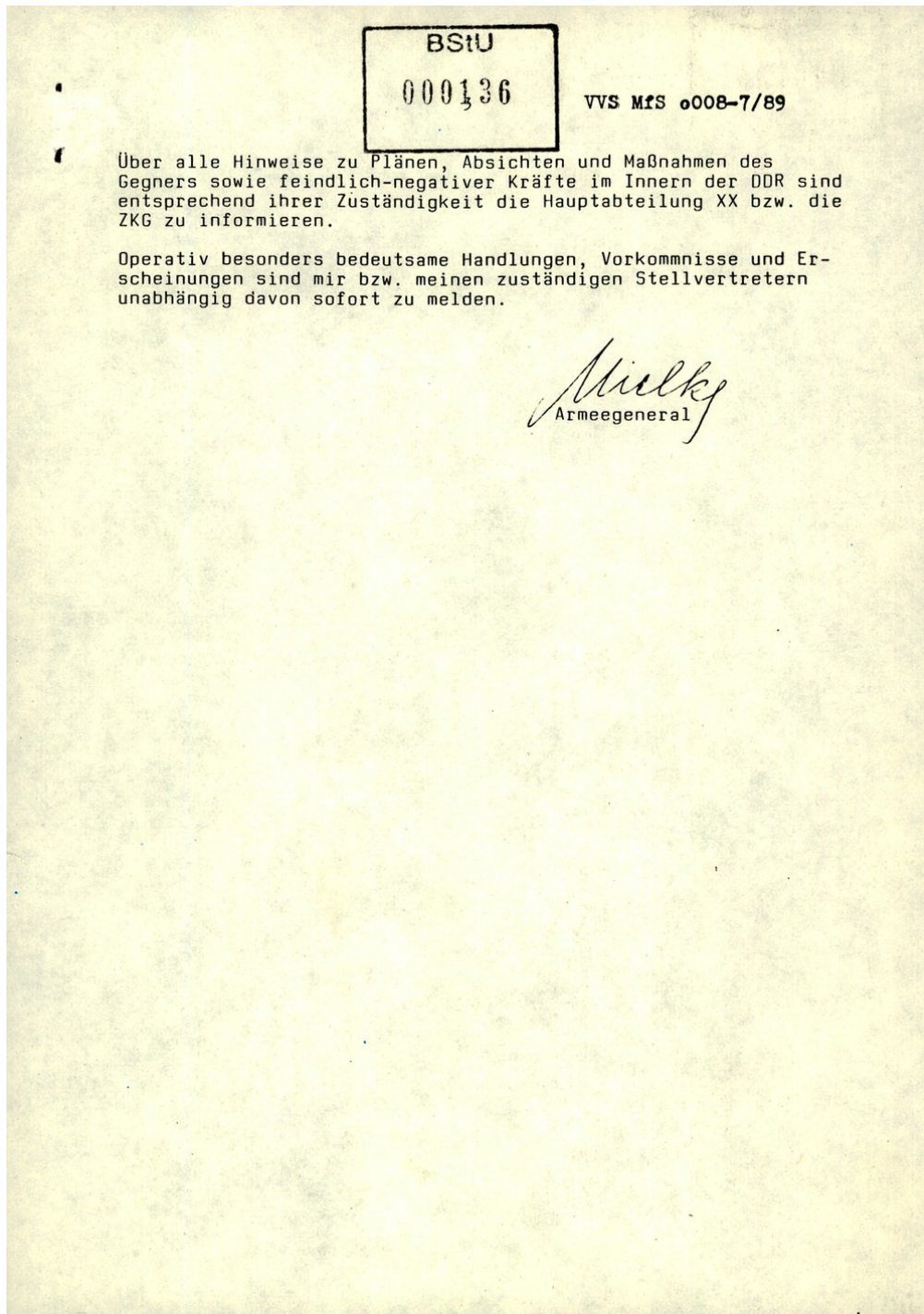
## Schreiben Mielkes an die Leiter der Diensteinheiten zur Veröffentlichung des KSZE-Dokuments



Signatur: BStU, MfS, HA IX, Nr. 687, BL 134-136

Blatt 135

Schreiben Mielkes an die Leiter der Diensteinheiten zur Veröffentlichung des KSZE-Dokuments



Signatur: BStU, MfS, HA IX, Nr. 687, BL 134-136

Blatt 136